

Wahrung der Demokratiefähigkeit als Aufgabe des Kinder- und Jugendmedienschutzes

Schwerpunkt 

Demokratie, Demokratiegefährdung und Demokratiekompetenzen in Zeiten der digitalen Transformation

Markus Gloe

Demokratie ist nicht gleich Demokratie

Verwenden zwei Personen in einem Gespräch den Begriff „Demokratie“, so können sie damit ganz unterschiedliche Konzepte verbinden und aneinander vorbeireden. Es existieren verschiedene Demokratie-Modelle und -Theorien. Bereits 1956 brachte das der Politikwissenschaftler Robert Dahl auf den Punkt, als er sagte: „There is no democratic theory – there are only democratic theories.“ (Dahl, 1956, 1). Da Demokratie ein unscharfes und mehrdeutiges Konzept ist, ist es ratsam, wenn man sich mit anderen über Demokratiegefährdungen und die Förderung von Demokratiekompetenzen unterhält, zumindest idealtypisch vereinfacht zu umreißen, welches Konzept von Demokratie man den eigenen Ausführungen zugrunde legt. Im Folgenden sollen im Bewusstsein, dass die Bandbreite noch deutlich größer ist, zumindest die drei Grundformen liberal-repräsentative Demokratie, deliberative Demokratie und partizipatorische Demokratie kurz umrissen werden.

Im liberal-repräsentativen Demokratiekonzept treffen einige wenige in der Regel durch Wahlen be-

stimmte Expertinnen und Experten die Entscheidungen. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sind dann verantwortlich dafür, die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler zu vertreten und politische Entscheidungen zu treffen, die im besten Interesse der Gesellschaft als Ganzes liegen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich frei entscheiden, in welche politische Rolle sie sich begeben wollen. Sie können wählen zwischen der Rolle der reflektierten Zuschauerin oder des reflektierten Zuschauers, der interventionsfähigen Bürgerin oder des interventionsfähigen Bürgers oder der Aktivbürgerin oder des Aktivbürgers. Ein zu großer Anteil an Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern wird jedoch nicht als wünschenswert betrachtet, da diese zu viele Ressourcen in einer liberal-repräsentativen Demokratie binden (Martinsen, 2009, 47). Die Bürgerinnen und Bürger haben aber abgesehen von Partizipationsmöglichkeiten wie Wahlen, die zur Systemerhaltung dienen, auch nur wenig Interesse daran, am politischen Prozess teilzuhaben (Ferree et al., 2002). Die digitalen Medien werden in einer liberal-repräsentativen

Demokratie entweder unter dem Gesichtspunkt der „Möglichkeiten der radialen Aufwärtskommunikation“ (Geser, 2000, 401) oder unter dem populistisch gewendeten Missbrauchs des Instruments gesehen. In deliberativ-diskursiven Demokratiekonzepten besteht die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger vor allem in der Konsensgenerierung über kontroverse Fragen durch Deliberation, die auch in den und über die Medien erfolgen kann. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich am öffentlichen Diskurs beteiligen können und damit den gleichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben.

Im Mittelpunkt partizipatorischer Demokratie-Modelle stehen die Normen der politischen Gleichheit und Toleranz (Trappel & Maniglio, 2009). Die Bürgerinnen und Bürger bringen sich selbst aktiv in den politischen Prozess ein, indem sie an Diskussionen, Planungen und Entscheidungen teilnehmen, die ihr tägliches Leben beeinflussen, oder selbst aktiv werden. Indem die Bürgerinnen und Bürger auf diese Weise in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, wird die Regierung dazu gezwungen, ihre Entscheidungen und Handlungen transparent zu erklären und zu rechtfertigen.

Demokratie ist gefährdet

Demokratie, egal welchem Konzept sie folgt, befindet sich weltweit auf dem Rückzug und funktionierende Demokratien sind nur noch der Ausnahmefall. Nach dem V-Dems-Democracy-Index galten gerade noch 34 Staaten im Jahr 2021 als liberale Demokratien. Auch wenn weltweit nur Saudi-Arabien, der Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Brunei und der Vatikan nicht für sich beanspruchen, eine Demokratie zu sein. Nach den Kriterien des V-Dems-Democracy-Index leben 70 % der Weltbevölkerung in Formen von Autokratien (Boese et al., 2022, 12), Tendenz steigend. Vor diesem Hintergrund kommen Eberl, Jörke & Salomon zu dem Fazit: „Wohl über kaum etwas dürfte die Einigkeit in der wissenschaftlichen Community im Moment so groß sein wie über die Diagnose einer Krise der Demokratie“ (2022, 12).

Die Krisenerscheinungen, die in unterschiedlichem Ausmaß die Demokratie in ihrer Substanz gefährden, sind dabei weltweit vielfältig und auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt (BMFSFJ, 2020, 93). Sie reichen von politischer Polarisierung, über den Rückgang der Wahlbeteiligung, eine Zunahme autoritärer Tendenzen, eine wachsende wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die Einschränkung der

Meinungsfreiheit, das Dominieren der politischen Debatte durch populistische Bewegungen bis hin zu mangelnder Transparenz und Korruption. Auch wenn sich die Bundesrepublik in den gängigen Demokratie-Indizes häufig unter den Top Ten befindet, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. In verschiedenen politischen Arenen lassen sich Entwicklungen identifizieren, die als Transformation, Deformation oder Regression gedeutet werden können. So lassen sich eine immer größere Repräsentationslücke und ein geringes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Parteien und Regierungen nachweisen.

Auch bei Jugendlichen büßen demokratische Werte dramatisch an Bedeutung ein. So zeigt der Werte-Atlas Bayern, dass das Vertrauen in Gesellschaft und Staat zwischen 2018 und 2022 um 25 % gesunken ist, die Demokratie verliert 23,2 % und Respekt in der Gesellschaft büßt 19,9 % ein. Auch die Medien leiden – nicht erst seit der Corona-Pandemie, in der sich das Schlagwort der „Lügenpresse“ auf Demonstrationen verfestigt hat – unter einem Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust. Außerdem lassen sich in Deutschland Zunahmen verschiedener Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Pauschalisierender Ablehnungskonstruktionen, wachsende Empfindungen der Bedrohung gesellschaftlichen Zusammenhalts, ein Ansteigen des autoritären Nationalismus sowie politischen und religiösen Extremismus feststellen. Digitale Phänomene wie Echokammern, Fake News, Hatespeech, Trolling, Verschwörungsmythen, News-Finds-Me-Effekt und Manipulation durch Algorithmen dienen als Verstärker und sind ein Motor für eine Radikalisierung in der Bevölkerung.

Vielfältige Demokratische Medienbildung ist nötig

Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die über entsprechende demokratische Kompetenzen verfügen. Deshalb hat der Europarat ab 2017 den Referenzrahmen für Kompetenzen für eine demokratische Kultur entwickelt (s. Abbildung 1). Die Kompetenzen des Referenzrahmens dienen als Orientierung für die Formulierung von Zielen für formale und non-formale Bildungsangebote.

Der Referenzrahmen zeigt, dass es beim Erwerb von Demokratiekompetenzen nicht nur um Wissen geht, sondern auch um die Förderung von Werten, Haltung sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten. Der Schwerpunkt wird auf die demokratische Kultur gelegt, um deutlich zu machen, dass Demokratie

zwar ohne demokratische Institutionen und Gesetze nicht existieren kann, diese Institutionen und Gesetze jedoch eine Demokratie allein nicht gewährleisten können, wenn sie nicht in einer demokratischen Kultur, also durch demokratische Werte, Haltungen und Praktiken der Bürgerinnen und Bürger verankert sind. Der Referenzrahmen folgt damit der Dreiteilung von Demokratie in Demokratie als Herrschaftsform, Gesellschaftsform und Lebensform nach Gerhard Himmelmann (2001). Neben der Demokratie als Herrschaftsform, also dem staatlichen Handeln sowie der Organisation von Macht und Entscheidung, zielt Demokratie als Gesellschaftsform auf eine soziale Vielfalt, in die wir alle eingebunden sind: „Wir alle [...] gehören gleichzeitig unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen oder Bereichen der Gesellschaft an, nutzen sie, leben in und von ihr, ohne uns die Teilnahme und Teilhabe jeweils systematisch bewusst zu machen“ (Himmelmann, 2001, 123). Demokratie als Lebensform geht auf den philosophischen Ansatz von John Dewey zurück. Danach ist Demokratie auf die Beteiligung und gegenseitige Verantwortungsübernahme der Bürgerinnen und Bürger sowie auf gemeinsam gelebte demokratische Werte und Erfahrungen im Handeln und Verhalten angewiesen und muss alltäglich gelebt und sichtbar werden.

Der Referenzrahmen des Europarats zielt somit auf eine Aktivierung der sozialen und politischen Rolle des oder der Einzelnen in der Gesellschaft. Allerdings wird man, je nachdem welches Demokratiekonzept (s. Abschnitt 1) man zugrunde legt, in politischen Bildungsmaßnahmen unterschiedliche Schwerpunkte bei der Förderung von Kompetenzen legen.

Damit Kinder und Jugendliche diese Kompetenzen ausbilden können, müssen wir neben einer politischen Bildung und demokratiepädagogischen Maßnahmen auch eine spezifische demokratische Medienbildung bzw. mediale Demokratiebildung entwickeln. Denn digitale Technologien haben jeden Lebensbereich ergriffen und/oder geformt. Couldry und Hepp nennen dies „deep mediatization“ (2016). Hidalgo bezeichnet die Entwicklung als eine „Revolution der gesamten menschlichen Lebens- und Arbeitswelt“ (2020). Unsere Welt ist entsprechend zunehmend von Unstetigkeit, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit geprägt. Dafür hat sich das Akronym VUCA (Volatility – Unvertainty – Complexity – Ambiguity) eingebürgert. Neben der digitalen Transformation haben Globalisierung, Klimawandel und Umweltzerstörung, Flucht und Migration, demografischer Wandel und nicht zuletzt die weltweite Corona-Pandemie als globale Megatrends (vgl. BMFSFJ, 2020, 85 ff.) in den letzten Jahren die Unübersichtlichkeit begünstigt. Nach Thomas Bauer kann Ambiguität „nie vollständig vermieden werden“ (Bauer, 2018, 13). Bauer macht aber auch deutlich, dass sowohl ein Zuviel als auch ein Zuwenig an Ambiguität problematisch sind. Bei einer zu großen Ambiguitätstoleranzausprägung würden sich Beliebigkeit und Gleichgültigkeit ausbreiten, bei ei-



Abbildung 1: Kompetenzen für eine demokratische Kultur des Europarats (DEMOKRATIEBILDUNG GEGEN ANTI-DEMOKRATISCHE TENDENZEN von Markus Pausch, Patricia Hladschik, Filip Pazderski, Rasha Nagem, online: https://www.politik-lernen.at/dl/MpoqJMJKomMoOJqx4kJK/Demokratiebildung_gegen_Antidemokratische_Tendenzen_pdf [zuletzt: 24.4.2022]).

ner zu geringen Ausprägung drohe Fanatismus. Daraus leitet Bauer ab, dass es die Kunst sei, das richtige Maß zu finden. Die heutige Gesellschaft laufe vor allem Gefahr, „Ambiguität zu stark zu reduzieren und damit echte Vielfalt unmöglich zu machen“ (Herzog, 2021, 203).

Die Förderung von Ambiguitätstoleranz in der Dimension „Haltungen“ des Referenzrahmen des Europarates ist daher eine entscheidende Stellenschraube – auch und gerade für eine demokratische Medienbildung. Auch die Förderung von (digitaler) Selbstwirksamkeit sollte im Zentrum von demokratischen Medienbildungsangeboten stehen. Der Begriff der Medien taucht im Referenzrahmen selbst nur in der Dimension „Wissen und kritisches Verstehen“ auf. Aber auch andere Kompetenzfacetten in den anderen Dimensionen zählen auf eine demokratische Medienbildung ein. So sind die verschiedenen Kompetenzfacetten in der Dimension „Werte“ für ein demokratisches Handeln in den Medien relevant. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu analytischem und kritischem Denken, Empathie, Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten sowie Konfliktlösungs-fähigkeiten zählen in der Dimension „Fähigkeiten und Fertigkeiten“ insbesondere auf eine demokratische Medienbildung ein.

Literatur

- Bauer, Th. (2018), *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*. Reclam, Ditzingen: reclam.
- Boese, V. A., Alizada, N., Lundstedt, M., Morrison, K., Natsika, N., Sato, Y., Tai, H. & Lindberg, S. I. (2022), *Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022*. Gothenburg: Varieties of Democracy Institute (V-Dem).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020), 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Couldry, N. & Hepp, A. (2016), *The Mediated Construction of Reality*, Cambridge: Polity Press.
- Dahl, R. A. (1956), *A Preface to Democratic Theory*. Chicago: University of Chicago Press.
- Eberl, O., Jörke, D. & Salomon, D. (2022), Die Krise der Demokratie und der »Blick nach unten«. In: *Leviathan*, 50(1), 12–28. doi: 10.5771/0340-0425-2022-1-12.
- Ferree, M., Gamson, W., Gerhards, J. & Rucht, D. (2002), Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31(3), 289–324. doi: 10.1023/A:1016284431021.
- Geser, H. (2000), Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit. Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels. In: R. Martinsen & G. Simonis (Hg.), *Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft?*

(S. 401–429). Opladen: Leske&Budrich.

- Herzog, L. (2021), Algorithmisches Entscheiden, Ambiguitätstoleranz und die Frage nach dem Sinn. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 69(2): 197–213. doi: 10.1515/dzph-2021-0016.
- Hidalgo, O. (2020), Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes. *Neue Politische Literatur* 65(1), 77–106. doi: 10.1007/s42520-019-00201-5.
- Himmelmann, G. (2001), *Demokratie Lernen: als Lebens- Gesellschafts- und Herrschaftsform Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Martinsen, R. (2009), Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In B. Pfetsch & F. Marcinkowski (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 42, (S. 37–69). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Trappel, J. & Maniglio, T. (2009), On Media Monitoring – the Media for Democracy Monitor (MDM). In *Communications*, 34(2) 169–201. doi: <https://doi.org/10.1515/COMM.2009.012>.

Zur Person

Dr. Markus Gloe

Professor für politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München; markus.gloe@lmu.de

